

Radikalenbeschuß an der Basis: Der Fall des Matthias K., Lehrer in Buxtehude

# Jagdszenen aus Niedersachsen

Von Niels N. von Haken

Nicht nur in Hamburg (Bürgermeister Klose, SPD) oder in Bremen (Bürgermeister Koschnick, SPD), sondern auch in Buxtehude gibt es Bürger, die Verfassungsgegnern den Weg in den öffentlichen Dienst ebnet wollen. So zürnte die örtliche CDU. Dabei ernannten die Christdemokraten in ihrem Flugblatt eine andersdenkende Lehrerin zur Wortführerin eben dieser Bürger und stempelten den unbeteiligten Bruder eines Betroffenen — „versehentlich“, wie es heißt — als Kommunisten ab. Im Laufe der Buxtehuder Radikalendebatte zog ein Bundeswehroffizier die psychische Unversehrtheit einer FDP-Politikerin in Zweifel. Ein Schulleiternatsvorsitzender entdeckte, daß er die als untadelig bescheinigte Leistung eines Pädagogen eigentlich anders hätte beurteilen müssen — wenn er nur eher gewußt hätte, daß dieser der DKP angehörte. Jagdszenen aus Niedersachsen.

Dem Buxtehuder Grund- und Hauptschullehrer Matthias Wietzer ging es wie vielen. Gerade rechtzeitig, ehe er noch zum bereits festgesetzten Termin den Beamteneld ablegen konnte, machte die Anhörkommission beim niedersächsischen Innenministerium Zweifel an Wietzers Verfassungstreue aus. Seine Mitgliedschaft in DKP und MSB-Spartakus sei nicht auszuschließen. In Buxtehude kam der Stein des Anstoßes ins Rollen.

Zunächst aber lief das Anhörverfahren. Das Gedächtnisprotokoll, für dessen Richtigkeit Wietzer-Rechtsbeistand Heinz Reichwaldt (Sozialdemokratischer Ex-Staatssekretär im niedersächsischen Sozialministerium) bürgt, belegt Verständigungsschwierigkeiten zwischen Bewerber und Kommission. So mag sich Wietzer — er ist in der Tat DKP-Genosse — zwar unter Berufung auf das Grundgesetz zu Fragen der Parteizugehörigkeit nicht äußern. Doch er bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, verurteilt auf Befragen die Politik des linksradikalen KBW, hält Terroristen „für kriminelle Elemente“.

## Elternwille wird kleingeschrieben

Während die Kommission Wietzer auf Aussagen zu Verhältnissen in der DDR

festzulegen versucht und aus DKP-Programmen zitiert, beschränkt sich der Lehrer auf persönliche Erklärungen: „Ich bin nicht Vorsitzender der DKP.“ Zum Schluß verweist Anwalt Reichwaldt darauf, daß Eltern durchweg Wietzers Arbeit in der Schule positiv beurteilen, und bittet, dies bei der Entscheidung zu berücksichtigen. Antwort eines Kommissionsmitgliedes laut Gedächtnisprotokoll: „Wo kommen wir denn hin, wenn die Eltern das entscheiden.“

Immerhin, ehemalige Ausbilder bescheinigen dem 27jährigen „hervorragende demokratische Gesinnung“ und „sozialintegratives Lehrverhalten“. Der Elternrat der Klasse 7c der Hauptschule Cadenberge schrieb ihm, daß „Nachteiliges über Sie und Ihre Unterrichtsmethode“ nicht bekannt geworden sei. Und selbst der Rektor weiß nichts von „parteilich-politischen Äußerungen im Unterricht“.

Im Gegenteil, an Wietzers Verfassungstreue zweifelte niemand, solange seine DKP-Mitgliedschaft nicht bekannt war. Früher ehrte die Stadt Buxtehude den erfolgreichen Handballer (dreimal Hamburger Landesmeister, einmal Norddeutscher Landesmeister) gar mit der Sportehrennadel. Keine schlechte Voraussetzung für einen Sportlehrer. Und für den Sozialkunde-Unterricht qualifizierte er sich in beiden staatlichen Prüfungen mit der Gesamtnote „gut“.

Weniger positiv beurteilten Buxtehuder Bürger die Einstellungsverzögerung. Der Landesschülerrat Niedersachsen und der Kreisschülerrat Stade machten für Wietzer mobil. Seine ehemalige Lehrerin Grete Thomas („Ich selbst habe Wietzer lange in Deutsch und Geschichte unterrichtet“) klagte in einem Leserbrief an das örtliche „Stader Tageblatt“: „Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum sind leider auch ein Stück deutschen Wesens.“ Die Friedenbecker FDP-Ortsvereinsvorsitzende Margret Braun recherchierte auf eigene Faust. Ihre Erkenntnisse formulierte sie in der Frage: „Warum also einen so hervorragenden Lehrer nicht einstellen?“ Die Liberale bekannte: „Mir sind Menschen lieber, die sich klar und offen zu einer Sache bekennen...“

Beide Frauen sahen sich plötzlich selbst in die linke Ecke abgedrängt. Da wurde Freidemokratin Braun in anonymen Anrufen als „Kommunistenkuh“ beschimpft. Ein Bundeswehroffizier vermutete „geistige Defekte“. Er wolle Frau Brauns Äußerungen „zum Gegenstand der politischen Bildung in meiner Batterie machen“. Denn, so schrieb er

## Teil 2 des Zeitungsartikels "Jagdszenen aus Niedersachsen"

der Politikerin, „Sie haben so eindeutig kommunistische Argumente übernommen, daß es mir schwerfallen wird, Sie als Repräsentantin einer zu wählenden Partei zu sehen“. Von der „Oberstudienrätin und Rednerpultstürmerin Grete Thomas“ (CDU-Flugblatt) argwöhnte der christdemokratische Kreis- und Bezirksvorsitzende Eckhard Noack: „Möglicherweise erzählt Frau Thomas den haarsträubenden Unsinn auch in ihren Unterrichten über das Grundgesetz.“

Daß Schüler nicht nur Wietzer „tadelloses Lehrverhalten“ bestätigen, sondern Noack der „Intoleranz gegenüber politisch Andersdenkenden“ zeihen, kann sich Buxtehudes zweiter stellvertretender Bürgermeister Heinrich Augustin (CDU) nur so erklären: „Hier drängt sich mir die Frage auf, ob eine Infiltration der Oberstudienrätin Thomas ursächlich ist, redet sie in ihren Kursen doch unablässig von Polizeistaat und Berufsverboten.“

Nicht so zimperlich war die CDU mit ihrer Aufklärungsaktion über den Fall Wietzer. So war im Flugblatt von „Thomas Wietzer, der der DKP angehört“ die Rede. Nun ist zwar Thomas Wietzer der Bruder von Matthias. Doch außer als Schützenkönig von Buxtehude trat der politisch nicht Aktive (Matthias über seinen Bruder) öffentlich bislang kaum in Erscheinung. Dies war denn für CDU-Chef Noack auch ein „sehr unangenehmes Versehen“.

Unangenehm war auch einem Stader Kirchenvorstandsmitglied die ganze Geschichte. Weil der Pastor eine Solidaritätserklärung für Wietzer unterschrieben hatte, sorgte sich der öffentlich bedienstete Kirchenvorstandler um seine Zukunft. Weil er doch im Kirchenvorstand an einem Tisch mit einem sitze, der sich für einen Kommunisten eingesetzt habe, müsse er nun selbst politische Überprüfung befürchten und daher den Austritt aus dem Kirchenvorstand in Erwägung ziehen.

Bedenken im nachhinein stellten sich auch bei Hansjürgen Jantzen, Schulleiternratsvorsitzender in Cadenberge, ein. Als er noch nicht wußte, daß Wietzer

DKP-Genosse war, schrieb er: „Ihre Unterrichtsgestaltung in der 7. Klasse war nach Kenntnis des Schulleiternrates politisch neutral, und weder Schüler noch Eltern hatten durch Ihr Verhalten Veranlassung, an Ihrer Verfassungstreue zu zweifeln.“ Daß er, das eingeschriebene CDU-Mitglied, dann auch noch hinzufügte: „Ich wünsche Ihnen für Ihren weiteren beruflichen Werdegang alles Gute und hoffe, daß ich Ihnen mit diesem Schreiben helfen konnte“, würde Jantzen am liebsten ungeschehen machen. Zwar hatte er, wie er einräumte, Wietzer niemals nach der Parteizugehörigkeit gefragt, wozu ja offensichtlich auch kein Anlaß bestand, doch eigentlich hätte der DKP-Mann sich ihm offenbaren sollen: „Wenn ich gewußt hätte, daß er DKP-Mitglied ist, hätte ich anders reagiert.“

---

## Am Ende siegt die Bürokratie

---

Mittlerweile aber fegte die Anhörkommission die unangenehme Geschichte vom Tisch. Denn die Einstellung des „sehr geehrten Herrn Wietzer“ in den niedersächsischen Landesdienst kann „aus Rechtsgründen“ nicht erfolgen.

Kaum mehr als eine Handglosse ist die Tatsache, daß als erster Punkt der Ablehnungsbegründung Wietzers erfolgreicher Studiengang angeführt wird. Und auch daß ihm die vorgeworfene Teilnahme an Versammlungen und die Urheberschaft von Einladungsschreiben nicht nachgewiesen werden kann, spielt keine Rolle. Denn: „...zum anderen haben Sie sich in keinem Punkt von den Zielen des MSB-Spartakus und der DKP distanziert, so daß es nicht darauf ankommt, ob die erwähnten bestrittenen Einzeltaten zutreffen oder nicht“. Alles in allem konnten bei Wietzer, so der Bescheid, „die persönlichen Eignungsvoraussetzungen der Verfassungstreue nicht festgestellt werden“. Buxtehude kann wieder ruhig schlafen.